

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass gem. der Gemeindeordnung NRW der Rat und der Bürgermeister angehalten sind, im Einvernehmen an der Verwaltungsstruktur zu arbeiten und wenn irgend möglich im Einvernehmen solche Beschlüsse vorzunehmen. In diesem Geiste seien die drei Fraktionsvorsitzenden von SPD, Grünen und FDP mit einem Vorschlag auf ihn in seiner Rolle als Bürgermeister zugekommen. Er bedankte sich dafür, dass angestrebt wurde, eine Änderung der Verwaltungsstruktur mit ihm im Einvernehmen zu erzielen.

Er verlas dazu eine kurze Erklärung, welche auch als wörtliches Zitat in dem Antragstext zu finden ist:

„Als Bürgermeister muss ich betonen, dass eine Veränderung der Verwaltungsstruktur zum aktuellen Zeitpunkt die ohnehin schon schwierige Situation der Verwaltung weiter verschärft. Denn insbesondere im Kontext der Corona-Situation steht die Verwaltung vor großen Herausforderungen. Unter Abwägung aller Aspekte und zum Wohle der Stadt kann mein Einvernehmen die Verwaltung jedoch vor größerem Schaden bewahren. Denn die Alternative zu meinem Einvernehmen wäre ein möglicherweise langer und teurer Rechtsstreit, der die Verwaltung lähmen könnte. Im Rahmen der Kompromissfindung ist es mir gelungen, sinnvolle Weichenstellungen z.B. beim Thema Digitalisierung vorzubereiten.“

Frau Jung bedankte sich für die in einem guten Dialog mit dem Bürgermeister gefundene Kompromisslösung. Sie glaube, dass diese Vorlage zum Wohle der Mitarbeiter und zum Wohle der Stadt sei. Sie wünsche dazu allen einen guten Prozess.

Herr Lienesch hätte sich gewünscht, dass die CDU Fraktion bei der Planung dieser tiefgreifenden Veränderungen in der Verwaltung als größte Fraktion dieses Rates mit eingebunden worden wäre. Sie würden sich den Bedenken des Bürgermeisters ausdrücklich anschließen. Sie erkennen an, dass der Bürgermeister einen Rechtsstreit und den damit verbundenen Schaden für die Stadt abwenden wolle, aber inhaltlich seien sie zum jetzigen Zeitpunkt gegen eine Umstrukturierung der Verwaltung in dieser Größenordnung. Der Antrag mit den konkret geplanten Änderungen sei der CDU-Fraktion erst am Mittag vor der Sitzung zugegangen. In der Gemeindeordnung stehe, dass der Rat mit dem Bürgermeister ein Einvernehmen erzielen solle und nicht nur die Mehrheitsfraktionen. Der ganze Rat sei aber nicht mit einbezogen worden, daher könnte ein Einvernehmen seitens der CDU nicht hergestellt werden. Sollte ein dritter Beigeordneter kommen, was die Überlegung aller Fraktionen schon mal gewesen sei, müsse die Verwaltung erneut umorganisiert werden. In der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Sankt Augustin stehe, dass vor größeren Verwaltungsumorganisationen das Rechnungsprüfungsamt informiert werden solle, damit es eine Stellungnahme dazu abgeben könne. Er könne sich noch sehr gut daran erinnern wie in diesem Rat für die Wichtigkeit des Rechnungsprüfungsamtes und die Aufwertung der Fachbereichsleiterstelle gekämpft worden wäre. Aber bei diesen Umorganisationsplänen wurde das Rechnungsprüfungsamt einfach ignoriert. Auf Anfrage der CDU-Fraktion dazu kam die Antwort, dass das Rechnungsprüfungsamt über diese Pläne nicht informiert worden sei. Die CDU-Fraktion sei immer noch von der Wichtigkeit des Rechnungsprüfungsamtes überzeugt, auch wenn eine Stellungnahme zu dieser Thematik nur Empfehlungscharakter habe. Herr Lienesch plädierte dafür, diesen

Beschluss jetzt nicht zu fassen.

Herr Köhler verwies auf die Initiative seiner Fraktion, die im Antrag zu TOP 1, DS-Nr. 20/0486 aufgeführten vier Tagesordnungspunkte in das nächste Jahr zu vertagen. Diesem Antrag hätten genau die von Herrn Lienesch zuvor ausgeführten Erwägungen zugrunde gelegen. In dieser Zuspitzung habe das für ihn etwas komplotthaftes.